



Projektland: Serbien und Montenegro

Quartal/Jahr: Januar – März / 2010

Schlagzeilen:

Serbiens Präsident Tadić protestiert gegen Einladung Kosovos als Staat

Parlament verabschiedet Srebrenica-Deklaration

Die internationalen Beziehungen Serbiens sind weiterhin mit dem Thema Kosovo belastet. Die als Balkan-Gipfel geplante Konferenz im slowenischen Brdo bei Kranj scheiterte fast an der Absage des serbischen Präsidenten Tadić, der aus Protest gegen die Teilnahme Kosovos als eigenständiger Staat der Veranstaltung fern blieb.

Ziel der Konferenz war, dass sich Vertreter Kroatiens, Serbiens, Bosnien-Herzegowinas, Montenegros, Mazedoniens, Albanien und Kosovos in Slowenien an einen Tisch setzen und sich auf eine gemeinsame Strategie gegenüber der EU einigen, da sich die Balkanstaaten in verschiedenen Phasen des EU-Integrationsprozesses befinden.

Man wollte über strittige Fragen in den gegenseitigen Beziehungen diskutieren und ein Papier über die Erwartungen der Region an die EU unterzeichnen. Doch die Konferenzteilnehmer konnten sich nicht darauf einigen, in welcher Form der Kosovo auftreten sollte.

Belgrad bestand darauf, dass die ehemalige südserbische Provinz aufgrund der geltenden UN-Resolution 1244 als UN-Protectorat unter dem Namen „UNMIK-Kosovo“ auftritt, was Pristina ablehnte. Der Gastgeber Slowenien schlug vor, dass alle Teilnehmer ohne staatliche Bezeichnungen unter ihrem persönlichen Namen auftreten, was ebenfalls nicht akzeptiert wurde.

Nach dem Rückzieher von Tadić gab EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy zu verstehen, dass eine Balkan-Konferenz ohne Serbien keinen Sinn habe und sagte ebenfalls seine Teilnahme ab. Auch andere EU-Funktionäre hielten sich zurück.

Auch in den bilateralen Beziehungen Serbiens spielt Kosovo weiterhin eine ausschlaggebende Rolle. Nachdem Kroatien die für Belgrad abtrünnige Provinz als unabhängigen Staat anerkannt hatte, verschlechterten sich die bilateralen Verhältnisse zwischen den zwei Nachbarstaaten, insbesondere weil der letzte Staatsbesuch des scheidenden kroatischen Präsidenten Mesic dem Kosovo galt.

Die Beziehungen erreichten ihren Tiefpunkt als Tadić nicht zur Amtseinführung seines kroatischen Amtskollegen, des neu gewählten Präsidenten Ivo Josipović, erschien, weil der Kosovo-Präsident Fatmir Sejdiu ebenfalls eingeladen war.

Am 24. März 2010 kamen die Präsidenten Serbiens und Kroatiens, Tadić und Josipović, bei einem inoffiziellen Treffen in Kroatien zum ersten Mal zusammen. Die Initiative war von beiden Staatsmännern ausgegangen als ein guter Schritt für die Zukunft. Beide Präsidenten wollen die bilateralen Beziehungen auf den Prinzipien einer europäischen Partnerschaft und mit Blick auf die gemeinsame Zukunft in der europäischen Familie aufbauen. Dabei sollen auch schwierige Themen angesprochen werden, die bislang in gegenseitigen Vorwürfen

ausgeartet sind. Dazu gehören auch die wechselseitigen Klagen wegen Völkermordes vor dem Internationalen Gerichtshof. Nachdem Kroatien 1999 die damalige Bundesrepublik Jugoslawien wegen Genozid während des Kroatien-Krieges in den 1990-er Jahren angeklagt hatte und die Akten 2009 vom IGH aufgenommen wurden, reagierte Serbien im Januar 2010 mit einer Gegenklage.

Das Parlament Serbiens nahm nach dreizehnstündiger heftiger Debatte in der Nacht zum 31. März 2010 mit knapper Mehrheit eine seit Monaten erwartete Deklaration an, mit der das Srebrenica-Massaker bosnisch-serbischer Truppen an bosnischen Muslimen im Juli 1995 verurteilt wird. Die Erklärung wurde auf Initiative des Präsidenten Tadić von Abgeordneten seiner Demokratischen Partei (DS) eingebracht und mit nur 127 Stimmen des 250-Sitze-Parlaments verabschiedet.

Die Regierungskoalition von Demokraten und Sozialisten hofft, mit dieser Deklaration einen Beitrag zur Versöhnung unter den Völkern der Region zu leisten und ein deutliches Signal an die Europäische Union zu senden.

Die im Eilverfahren verabschiedete Parlamentsresolution verurteilt „auf das Schärfste das Verbrechen, das im Juli 1995 an der bosniakischen Bevölkerung von Srebrenica in der durch das Urteil des Internationalen Gerichtshofs festgestellten Weise verübt worden ist.“ Des Weiteren entschuldigt sich das Parlament im Namen des serbischen Volkes bei den Familien der Opfer dafür, dass Belgrad seinerzeit nicht genug unternommen habe, um das Verbrechen zu verhindern. Außerdem wird die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit dem UN-Kriegsverbrechertribunal versprochen und die Bedeutung der Festnahme von Ratko Mladic hervorgehoben.

Die national-konservative Opposition bezeichnete die Erklärung als „eine Schande und Beschmutzung des eigenen Staates“ und kritisierte, dass die Deklaration der gesamten serbischen Bevölkerung die Verantwortung an dem Massaker gebe. Die rechtsgerichteten Parteien waren der Meinung, dass auch die serbischen Kriegsoffer Erwähnung finden müssten und forderten, die separate Srebrenica-Resolution aufzugeben und stattdessen in einer Gesamterklärung alle Verbrechen in den Bürgerkriegen der ex-jugoslawischen Teilrepubliken zu verurteilen. Zudem wurde eine heftige Debatte um die Anzahl der Opfer geführt, die teilweise als übertrieben und nicht nachgewiesen beurteilt wurde.

Der Deklarationstext bezeichnet das Massaker nicht als Völkermord, was dem auf Antrag Bosniens im Februar 2007 ergangenen Urteil des Internationalen Gerichtshofes entsprechen würde, in dem Serbien wegen Verletzung der Völkermordkonvention verurteilt wurde, da es den Genozid zwar nicht begangen, aber auch nicht verhindert habe. Der IGH verpflichtete damals Serbien eine Deklaration zur Verantwortung wegen unterlassener Verhinderung und Ahndung des Völkermordes zu verabschieden. Zudem wurde Belgrad im Urteil zur vollen Zusammenarbeit mit dem UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag aufgefordert.

Vidica Drakulić
Projektassistentin der HSS für Serbien und Montenegro

Lutz Kober
Projektleiter der HSS für Serbien und Montenegro

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ
AUTOR: VIDICA DRAKULIĆ
REDAKTION: LUTZ KOBER
LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –
TEL.: +49 (0)89 1258-369 – FAX: +49 (0)89 1258-359
E-MAIL: HSSYU@SBB.RS – HOMEPAGE: WWW.HSS.DE
Erstellt am: 12.04.2010